

Im Dezember 2004 beschloss der Bundesrat innerhalb der Bilateralen II dem Abkommen von Schengen / Dublin beizutreten. Dieses Abkommen sieht vor, dass die Grenzkontrollen abgeschafft und stattdessen Kontrollen im Landesinnern, durch die so genannte Schleierfahndung ersetzt werden soll. Schon heute hat Basel-Stadt mit einer markant steigenden Kriminalität und einer steigenden Gewaltbereitschaft zu tun. Mit offenen Grenzen, ohne Möglichkeit einer Passkontrolle wird dieses Problem zunehmen. Mit der Schleierfahndung wird das Problem in städtisches Gebiet verlagert.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sieht der Regierungsrat die Problematik von Fahrzeug- und Personenkontrollen innerhalb eines städtischen Gebietes?
2. Wie sieht die Umsetzung dieser Schleierfahndung in dicht bevölkerten Quartieren aus?
3. Da an den Grenzen zu Deutschland und zu Frankreich die Kontrollen gänzlich wegfallen, wird die Stadt Basel vermehrt mit kriminellen Handlungen zu rechnen haben, welche oft von im Ausland wohnhaften Personen getötigt werden. Wie gedenkt die Regierung dieses Sicherheitsmanko wettzumachen?

Andreas Ungricht